



Die Fraktionen
der Christlich Demokratischen Union – CDU
der Freien Demokratischen Partei – FDP
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands – SPD
im Rat der Stadt Remscheid

Antrag zur Sitzung des Betriebsausschusses für die Alten- und Pflegeheime am 18. Februar 2006 und die Sitzung des Rates am 20. Februar 2006

Der Betriebsausschuss für die Alten- und Pflegeheime möge dem Rat zur Beschlussfassung empfehlen und der Rat möge beschließen:

1. Die Inhalte des interfraktionellen Antrages zur wirtschaftlichen Situation der Alten- und Pflegeheime der Stadt Remscheid (beschlossen in der Sitzung des Rates am 21. Februar 2005) werden bekräftigt.
2. Der Beschlussentwurf zur Vorlage B APH 29 – Wirtschaftsplan 2006 – wird um die Ziffer 1.7 „Die Betriebsleitung darf die bauliche und technische Instandhaltung Haus Lennep (Plan-Ansatz 350.000 Euro) und den Beginn der Planung Neubau Stockder Stiftung über den in der Begründung der Vorlage unter 1.2 ‚Vermögensplan‘ genannten Planungsauftrag über 64.000 Euro an die SE 28 (Plan-Ansatz 364.000 Euro) hinaus nur mit Zustimmung des Rates in Auftrag geben.“ ergänzt.
3. Die Alten- und Pflegeheime „Stockder Stiftung“ und „Haus Lennep“ sollen als wirtschaftliche Einheit erhalten bleiben.
4. Einleitung der erforderlichen Planungsschritte für den Neubau
 - a) Die SE 28 – Gebäudemanagement wird mit der Erstellung der Planungsschritte, Leistungsphase 1 und 2 gem. § 15 HOAI für den Neubau der Stockder-Stiftung beauftragt.
 - b) Grundlage der Planung ist die dargelegte Konzeption (Grobplanung) der Betriebsleitung.
 - c) Die Maßnahmen geschehen in enger Abstimmung mit der Feuerwehr, der Bauordnung und dem Fachbereich für Städtebau und Stadtentwicklung der Stadt Remscheid.
5. Unterbringung der Bewohnerinnen und Bewohner der Stockder-Stiftung im alten Krankenhaus Lennep
 - a) Die Betriebsleitung wird beauftragt, mit der Sana-Klinikum Remscheid GmbH einen Mietvertrag für die erforderlich werdende Unterbringung der Bewohnerinnen und Bewohner der Stockder-Stiftung im alten Krankenhaus Lennep abzuschließen.
 - b) Der Mietvertrag ist vor Unterzeichnung dem Rechtsamt und dem Rechnungsprüfungsamt der Stadt Remscheid zur Prüfung und Abstimmung vorzulegen.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, vorsorglich die Verhandlungen über den Verkauf der städtischen Alten- und Pflegeheime mit ernsthaft interessierten Betreibern für den Fall weiterzuführen, dass eine erfolgreiche Umsetzung des interfraktionellen Beschlusses nicht eintritt.

Begründung:

Der Rat hat am 21. Februar 2005 die Betriebsleitung einstimmig beauftragt, alle erforderlichen Maßnahmen zur wirtschaftlichen Konsolidierung der Heime vorzunehmen. Als Zielvorgabe wurde ausgegeben, spätestens das Wirtschaftsjahr 2006 mit einem ausgeglichenen Ergebnis im operativen Geschäft abzuschließen. Gleichzeitig sollte die Qualität der Pflege gesichert werden.

Um diese Vorgaben zu erfüllen, waren und sind erhebliche Einschnitte notwendig. Sie sind Bedingungen für die Zukunft der Heime und ihren Erhalt als städtischen Eigenbetrieb.

Mehrere Sanierungsmaßnahmen sind ebenso wie eine fortlaufende Verbesserung der Qualität erfolgreich umgesetzt worden. Ein unverzichtbarer Schritt für die Konsolidierung der Heime ist die Umsetzung der Vereinbarung zwischen der Oberbürgermeisterin und dem Personalrat. Erst mit Abschluss eines noch auszuhandelnden Notlagetarifvertrages werden die Maßnahmen vollständig umgesetzt werden können. Es ist Ziel, den Abschluss des Vertrages bis zum 30. Juni 2006 zu erreichen.

Sollte kein Notlagentarifvertrag oder eine adäquate rechtsverbindliche Vereinbarung abgeschlossen und die Umsetzung der Vereinbarung zwischen der Oberbürgermeisterin und dem Personalrat nicht gesichert werden können, so ist das Erreichen eines ausgeglichenen oder positiven Ergebnisses im operativen Geschäft des Wirtschaftsjahres 2006 voraussichtlich nicht möglich. Um für diesen Fall Vorsorge getroffen zu haben und in einer möglichst kurzen Frist eine Entscheidung fällen zu können, wird die Verwaltung beauftragt, Verhandlungen mit potentiellen Betreibern zu führen.

Aufgrund des Bescheides des Bauordnungsamtes müssen nunmehr bis zum 31. Januar 2007 wegen brandschutztechnischer Mängel in der Stockder-Stiftung die Bewohnerinnen und Bewohner an einem anderen Standort untergebracht werden. Um den schnellstmöglichen Umzug in einen leer stehenden Flügel des alten Krankenhauses Lennep sicherzustellen und die erforderlichen Umbau- und Renovierungsmaßnahmen im Vorfeld umzusetzen, ist der kurzfristige Abschluss eines Mietvertrages notwendig. Die Einleitung der erforderlichen Planungen ist der nächste Schritt auf dem Weg für den Neubau der Stockder-Stiftung.

Remscheid, 17. Februar 2006

gez. Karl Heinz Humpert
Fraktionsvorsitzender
CDU

gez. Hans Peter Meinecke
Fraktionsvorsitzender
SPD

gez. Wolf Lüttinger
Fraktionsvorsitzender
FDP